

Nicht noch mehr Transparenz

Debatte um öffentliche Sitzungen

Weilrod – Bei Ausschüssen scheidet in der Regel die Gemeinde oder der Gemeindevertreterversammlung zu. Die Öffentlichkeit gilt: Die Öffentlichkeit ist eingeladen, teilzunehmen. Für Bürger ist es eine große Möglichkeit, selbst Politik zu mitzugestalten, genau dafür sind die Bürgerfragestunden ja da, die vor oder nach jeder Sitzung von verschiedenen Kommunen angeboten werden.

Anders sieht es in speziell eingesetzten Arbeits- und Projektgruppen aus, beispielsweise die eingesetzte Kitagruppe, die über die möglichen Standorte und deren für und Wider beraten hat. Solche Gruppen setzen sich einerseits aus Vertretern der Fraktionen, Mitgliedern von Interessengruppen, Spezialisten sowie Mitarbeitern der Verwaltung zusammen. Ob hier Öffentlichkeit zugelassen ist oder nicht, ent-

scheidet in der Regel die Gemeindevertretung nach freiem Ermessen, der Hessische Städte- und Gemeindebund gibt diesbezüglich keine klaren Regeln vor. Vertrauliche Angelegenheiten schließen die Öffentlichkeit von vornherein aus. In Weilrod sind jedoch alle Arbeitsgruppen von vornherein nicht öffentlich. Und das wird auch weiterhin so sein, denn die Weilroder Parlamentarier lehnten einen entsprechenden Antrag der Grünen ab.

Dabei wollten die Grünen mit ihrem Antrag darauf hinarbeiten, dass künftig mehr Transparenz in der Politik herrscht. „Wir finden es wichtig, dass sich die Bürger und die Presse über die politische Arbeit informieren können. Außerdem kann es Entscheidungen für politische Gremien fördern, gerade wenn man auf diese Weise beispielsweise bei jungen Leuten Interesse für Politik weckt“, erläuterte Günther Veith. Er kritisierte, dass immer mehr Entscheidungen in nicht öffentlichen Arbeitsgruppen getroffen würden und dieser Entwicklung wolle man mit eben jenem Antrag entgegenarbeiten und so für mehr Transparenz sorgen, gerade, wenn es um politische Entscheidungen geht. Hierbei geht es aber ausdrücklich nicht um solche Projekte, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit besprochen werden müssen.

„Nicht alles muss in der Presse stehen“

Das Ansinnen der Grünen unterstützten die restlichen Fraktionen indes nicht. Diana Schöneich (FWG) erklärte für ihre Fraktion: „Die FWG unterstützt das Ziel, politische Prozesse nachvollziehbar zu machen.“ Die Einbringung der Bürger habe einen hohen Wert. Allerdings hätten die Dialoge in Arbeits- und Projektgruppen einen anderen Charakter als öffentliche Arbeits- oder Projektgruppen, die sich als Sitzungen zum freien Austausch von verschiedenen Positionen verstehen würden. „So kann man ohne Druck und Einfluss auf die mediale Wirkung Dinge diskutieren, ohne die Angst haben zu müssen, dass das Gesagte am nächsten Tag gleich in der Presse erscheint.“ Viele der Ideen, die in diesen Gruppen vorgebracht würden, seien noch unfertig. Aus diesem Grund stehe die FWG auf dem Standpunkt, einen geschützten Raum dafür zu schaffen, der Vertrauen schaffe und es den Mitgliedern ermögliche, sich aktiv und ohne Scheu einzubringen. Öffentlichkeit zum falschen Zeitpunkt würde den freien Diskurs erschweren, weswegen ihre Fraktion diesen Antrag nicht unterstützen würde.

INKA FRIEDRICH

Transparenz zu meinen Regeln? VON INKA FRIEDRICH

Weilrod – Wenn man schon über Transparenz redet, die man ja nach eigener Aussage befürwortet und unterstützt, dann sollte man nicht im gleichen Atemzug diese Aussage wieder revidieren. Wenn schon Transparenz, dann bitte vollständig und nicht in Happen. Denn sowohl der Presse wie auch der Öffentlichkeit hinterherfertige Ergebnisse zu präsentieren, die man selbst ausgesucht hat, sie aber nicht an den Wegen dahin teilhaben zu lassen, ist halt nicht oder bestenfalls halbtransparent. Und dies trifft sowohl für kleinste Arbeitsgruppen wie auch für die Gemeindevertretung zu. Faktisch unterliegen dem Ausschluss der Öffentlichkeit nur die Magistrats-, Ältestenrat oder Fraktionsitzungen, alles andere ist Beschlusssache der entsprechenden Gremien. Und ja, es kann dann sein, dass auch unbequeme Dinge zur Sprache beziehungsweise an die Öffentlichkeit kommen. Nicht alles muss man schreiben. Geht in anderen Kommunen doch auch. So funktioniert nun einmal das Prinzip Transparenz. Wer sich jedoch die Rosinen herauspicken will, hat das Prinzip der Transparenz meiner Meinung nach nicht verstanden.